Zu TOP 2 Bestätigung der Tagesordnung

Bevor die Abstimmung zur Tagesordnung erfolgt, fragt **Frau Freninez** nach, warum in der heutigen Tagesordnung der vereinbarte TOP „Sonstiges“ nicht vorhanden ist. **Herr Papendieck** verweist darauf, dass man aufgrund der sehr umfangreichen Themen dieser Sitzung auf den TOP „Sonstiges“ verzichtet habe. Es werden keine weiteren Zusätze oder Einwände vorgebracht. Die Tagesordnung ist somit bestätigt.

zugestimmt

Zu TOP 3 Bestätigung des Protokolls der Sitzung vom 15.01.2019

Das Protokoll der Sitzung vom 15.01.2019 findet keine Beanstandungen und gilt somit als bestätigt.

zugestimmt

Zu TOP 4 Beratung: Wahrnehmung von Aufgaben nach dem SGB IX, SGB XI und dem SGB XII Vorlage: 006/2019

Frau Zarling, Dezernentin für Jugend, Bildung, Soziales, Jugend und Gesundheit, schildert die Sachdarstellung zum Beschlussvorschlag der Wahrnehmung von Aufgaben nach dem SGB IX, SGB XI und SGB XII. Aufgrund neuer gesetzlicher Grundlagen ist eine Anpassung der bestehenden öffentlich-rechtlichen Vereinbarung erforderlich. Es ist notwendig, dass alle 18 kommunalen Gebietskörperschaften der gemeinsamen Aufgabenwahrnehmung zustimmen, so dass die öffentlich-rechtliche Vereinbarung bis zum 31.12.2019 geschlossen und im jeweiligen Amtsblatt der kreisfreien Städte und Landkreise bekannt gemacht wird. Das MASGF hat dem Entwurf der Vereinbarung zugestimmt. Es gibt keine Anfragen zu den Ausführungen von Frau Zarling.

Herr Hilke trifft gegen 17:10 Uhr ein und hat deshalb an der Abstimmung nicht teilgenommen.

einstimmig zugestimmt

Zu TOP 5 Beratung: Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung ambulanter sozialer Dienste im Landkreis Oder-Spree und Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen im Bereich Psychiatrie und Suchthilfe - Fachförderrichtlinie Gesundheitsamt - im Landkreis Oder-Spree Vorlage: 008/2019

Anhand der PowerPoint-Präsentation stellt **Frau Zarling** den Werdegang und die Entwicklung der Richtlinie zur Beschlussvorlage vor. Eine Überarbeitung der Richtlinie für die ambulanten sozialen Dienste war geboten, da einzelne Träger sowie die Liga der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege im Landkreis Oder-Spree, Kritik an der fehlenden Fortschreibung übten. Zielsetzung ist, die Zuwendungen auf der Grundlage der veränderten Förderbedingungen, bereits für das Förderjahr 2020 auszureichen. Das Gesamtbudget von 2.000000 € wird zukünftig in die zwei Förderbereiche „ambulante soziale Dienste“ - Zuständigkeit; Sozialamt

(1.320.000 €) und Psychiatrie und Suchthilfe - „Fachförderrichtlinie Gesundheitsamt“ (680.000 €) aufgeteilt.

Frau Heinrich meldet sich zu Wort und gibt an, dass sie die Berücksichtigung der „Tafeln“ in der Förderrichtlinie vermisst. Aus ihrer Sicht, wäre somit mehr Sicherheit für die Tafeln gewährleistet.

Herr Hilke rät an, einen entsprechenden Antrag über die Fraktion an den Kreistag zu stellen.

Frau Zarling, verweist auf die Schwierigkeiten bei der Feststellung der Bedarfe für die Tafeln. Sie gibt zu bedenken, dass die Tafeln bereits über Bundesmittel in Form von anteiliger Miete, laufende Kosten oder Personalstellen durch ein Euro Jobs und „bufdi“ Stellen gefördert werden.

Nach dem Beschluss der vorliegenden Richtlinie ist eine Bedarfsplanung aller Angebote vorgesehen. So will man gemeinsam mit den Leistungsanbietern fachspezifische Arbeitsgruppen bilden, um Standards zu erarbeiten. Zusammenfassend erklärt **Frau Zarling**, dass die Richtlinie nur eine Festlegung des finanziellen Rahmens der Förderung darstellt. Im Zuge der Weiterentwicklung (im laufenden Verfahren) soll auf veränderte Rahmenbedingungen reagiert werden.

Herr Schröder fragt an, wie die Beteiligung der Träger aussah und inwieweit deren Vorschläge in die Richtlinie eingebracht wurden. **Herr Papendieck** betont, dass die Entwürfe der Richtlinien bereits in der Sitzung der Liga am 11.01.2019 mit den Trägern der freien Wohlfahrtspflege inhaltlich diskutiert worden sind. Am 31.01.2019 konnten die beteiligten Mitglieder ihre Fragen an die Arbeitsgruppen der Kreisverwaltung stellen. **Frau Lauke** bestätigt ausdrücklich die Trägerbeteiligung. Sie berichtet, dass im Jahr 2018 die Trärgespräche stattgefunden haben und dabei aufgeführt wurde, welche Beweggründe ausschlaggebend waren. Alle Träger konnten ihre Beteiligung signalisieren oder ablehnen. **Frau Kilian** begrüßt die neue Förderrichtlinie. Aus ihrer Sicht, wurde lange Zeit die Richtlinie nicht überarbeitet und entspricht nicht den aktuellen Anforderungen. Zur Gewährung von Zuwendungen im Bereich Psychiatrie und Suchthilfe stellt **Frau Kilian** den Antrag, dass der § 2 (3) *„Die Landkreise und kreisfreien Städte erfüllen die ihnen mit diesem Gesetz übertragenen Aufgaben als pflichtige Selbstverwaltungsangelegenheiten“*, aus dem Gesetz über den Öffentlichen Gesundheitsdienst im Land Brandenburg (BbgGDG) in der Förderrichtlinie Beachtung findet. Ihr ist nicht klar, warum der Landkreis eine pflichtige Selbstverwaltungsaufgabe an die Träger übergibt und die Träger dann 5 % Eigenanteil aufbringen müssen. **Herr Stellke** kann keinen Widerspruch erkennen, da sich der Landkreis gem. dem BbgGDG seiner pflichtigen Selbstverwaltungsaufgabe widmet. Wie der Landkreis seine Aufgabe ausgestaltet, ist im Rahmen der Selbstverwaltung frei lösbar. Aus diesem Grund, sieht er keine Veranlassung seitens des GA nachzubessern. **Frau Zarling** stellt klar, dass es keine 100 %-ige Förderung gibt. Gemäß der Landeshaushaltsordnung müssen 5 % Eigenanteil geleistet werden. **Frau Lauke** ergänzt zum Sachverhalt, dass die Landesförderung auch als Eigenmittel angerechnet werden kann. **Frau Freninez** möchte wissen, ob sich der finanzielle Förderrahmen erhöht hat oder gleich geblieben ist. **Frau Lauke** erklärt, dass im Laufe der Jahre die Förderung von 1,7 Mio. auf 2 Mio. erhöht wurde. Es folgt eine angeregte Diskussion zwischen den Mitgliedern, wonach die Fragen „was sind Gesamtausgaben oder was ist zuschussfähig“ gestellt werden. Letztendlich wird **Frau Zarling** beauftragt, vor der Kreisausschusssitzung konkret zu prüfen, ob Landesmittel als Eigenmittel gewertet werden können.

Herr Papendieck bittet um die Abstimmung zur vorliegenden Beschlussvorlage.

einstimmig zugestimmt

Enthaltung 3

Zu TOP 6 Beratung: Förderrichtlinie des Landkreises zur Gewährung einer Studienbeihilfe für Medizinstudenten
Vorlage: 009/2019

Herr Papendieck bittet **Herrn Stellke**, Amtsleiter des Gesundheitsamtes; Bereich Organisation & Personal, um die Wortführung zu der vorliegenden Beschlussvorlage. Diese beinhaltet nun die Änderungsvorschläge, welche durch die Abgeordneten in der Ausschusssitzung am 15.01.2019 eingebracht wurden. **Herr Stellke** benennt die relevanten Änderungen bzw. Anpas-

sungen der Vorlage. Außerdem verweist er auch auf den Umstand, dass die geschaffenen Rahmenbedingungen einen positiven Effekt auf eine evtl. Familienbildung während des Studiums haben. Sofern jedoch eine Rückzahlungspflicht besteht, ist die zurückzuzahlende Studienbeihilfe vom Zeitpunkt der jeweiligen Auszahlung an mit 2 Prozentpunkten über dem jeweiligen aktuellen Euribor jährlich zu verzinsen. Abschließend weist **Herr Stelle** auf die derzeitige Situation hin, wonach an allen Ecken um Mediziner geworben wird und schon deshalb die Schwierigkeit besteht, Mediziner anzuwerben. **Herr Selenz** findet die Angaben unter Punkt 2 der Förderrichtlinie

„wenn keine ärztliche Stelle innerhalb von 6 Monaten nach der Approbationserteilung im LOS zur Verfügung steht, soll der Landkreis anhand seiner Stellenplanung entscheiden, dass der Beihilfeempfänger im Gesundheitsamt beschäftigt wird“ zu ungenau. **Herr Stelle** gibt an, dass dieser Passus seitens des GA lediglich als Möglichkeit der Kanalisierung dient, ärztliches Personal für das GA zu gewinnen. Aus seiner Sicht und den bestehenden Fakten, ist leider davon auszugehen, dass in den nächsten 10 bis 20 Jahren die medizinische Versorgung auf dem derzeit bestehenden Leistungslevel nicht mehr zu halten ist. **Frau Griesche** kann keine Unstimmigkeiten in der Vorlage erkennen. **Frau Heinrich** findet die Formulierung besser „wenn der Landkreis keine Stelle zur Verfügung stellen kann“.

Herr Stelle bietet folgende Formulierung als Kompromiss an „Wenn keine ärztliche Stelle innerhalb von 6 Monaten nach der Approbationserteilung im Landkreis Oder-Spree zur Verfügung steht, überprüft der Landkreis Oder-Spree im Rahmen seines Stellenplanes, den Beihilfeempfänger im Gesundheitsamt des Landkreises als Arzt / Ärztin zu beschäftigen“.

Herr Papendieck fragt nach, ob die Überarbeitung bis zur Ausschusssitzung des Kreistages am 20.03.2019 erfolgen kann. **Herr Stelle** sichert die Formulierungsanpassung zu.

Herr Schröder findet die Rückzahlung der Studienbeihilfe im Punkt 5 abschreckend. Er schlägt vor, die Zinsforderung zu streichen. **Herr Hilke** stellt dem entgegen, dass ja der Landkreis bereits einen Vertrauensvorschuss gewährt und somit ein fairer Ausgleich geschaffen ist. Sollte jedoch dieser Passus ein Hindernis darstellen, dann hätte er keine Einwände gegen andere Optionen. **Frau Heinrich** möchte, dass die Zinsforderung gänzlich aus der Vorlage gestrichen wird.

Herr Papendieck führt an, dass es sich bei dieser Förderung um eine Initiative handelt, die gegen den Notstand von zu wenigen Ärzten steuern soll. Aus seiner Sicht, zielt die Förderrichtlinie in die richtige Richtung. Er stellt den Änderungsantrag, den Passus der Zinsforderung aus der Richtlinie zu streichen.

Herr Papendieck stellt den Änderungsantrag zur Abstimmung.

Stimmen dafür 3, Stimmen dagegen 2, Enthaltungen 2;

Unter der Voraussetzung des Änderungsantrages und das die von Herrn Stelle zugesagten Änderungen wie besprochen in die Richtlinie eingearbeitet werden, wurde wie folgt über die Vorlage abgestimmt:

einstimmig zugestimmt

Zu TOP 7 **Beratung: Richtlinie des Landkreises Oder – Spree über die Gewährung von Zuweisungen zur Unterstützung der kreisangehörigen Städte, Gemeinden und Ämter bei der Realisierung von unabweisbaren Investitionen und wesentlichen Instandsetzungsmaßnahmen (Richtlinie zur Unterstützung der Kommunen)**
Vorlage: 002/2019

Herr Papendieck übergibt das Wort an **Herrn Buhrke**, Leiter des Dez. II.

Herr Buhrke erklärt, dass die Einrichtung des Kreisstrukturfonds zur Förderung intensiver Strukturmaßnahmen der kreisangehörigen Städte, Gemeinden und Ämter, beginnend mit dem Jahr 2019, beschlossen wurde. Der Landrat wurde beauftragt, eine Richtlinie zur Vergabe der Förderung als Beschlussvorlage vorzulegen. Die Mittel werden im neu gebildeten Produkt

anschaffungen für veraltete Ausstattungsgegenstände und ggf. die weiterer Ausstattungen der Kreisverwaltung mit AED's (Automatisierter externer Defibrillator) geplant.

Nachdem **Herr Papendieck** sich vergewissert hat, dass keine weiteren Fragen anstehen, bringt er die Vorlage zur Abstimmung. Frau Kilian (abwesend) hat an der Abstimmung nicht teilgenommen.

einstimmig zugestimmt

Enthaltung 1

Zu TOP 9 Obdachlose im Landkreis Oder-Spree

Frau Zarling informiert anhand einer graphischen Darstellung über die Obdachlosigkeit im Landkreis Oder Spree. Sie erklärt, dass die Aussage „kein fester Wohnsitz“ nicht gleich zu setzen ist mit Obdachlosigkeit. Aufgrund der kurzen Zeitspanne erfolgte die Datenerhebung zum Thema auf der Grundlage der Meldungen des Jobcenters. Wenn der Wunsch besteht, wird Frau Zarling gerne einen detaillierten Überblick über vorhandene Kapazitäten in den Städten nachreichen. **Frau Freninez** zweifelt an der Realität der genannten, Obdachlosen Zahlen. Aus ihrer Sicht, ist die Dunkelziffer für diesen Personenkreis viel höher. **Frau Freninez** verweist auf die PSAG (Psychosoziale Arbeitsgemeinschaft) vom Vortag, wo aus ihrer Sicht, ein machbarer Weg für die zukünftige Arbeit gefunden wurde. Sie bittet **Frau Folgner**, Sachgebietsleiterin des Sozial Psychiatrischen Dienstes, um ein kurzes Statement zu der Veranstaltung. **Frau Folgner** berichtet, dass die Anzahl von Menschen ohne einen festen Wohnsitz zugenommen hat. Die Mitglieder der PSAG wollen sich deshalb mit den Ordnungsämtern, den Trägern und interessierten Menschen zusammensetzen und sich umfassender mit dem Thema beschäftigen. Ggf. sollen Untergruppen gebildet werden. Ziel ist es, noch konkreter auf die Bedürfnisse dieser Menschen, speziell auch mit psychischen Problemen, einzugehen. Frau **Freninez** ergänzt die Ausführungen mit der Aussage, dass eine kommunale Gemeinschaft nicht dort aufhört wo der Gesetzgeber es bestimmt. Auch der Landkreis ist ein Teil der kommunalen Gemeinschaft. **Frau Heinrich** schließt sich dieser Meinung an. Nach ihrer Auffassung ist die Betreuung der Obdachlosen ebenfalls ein wichtiges Kriterium und sollte als Gemeinschaftsaufgabe des Landkreises entsprechend Berücksichtigung finden. **Herr Papendieck** bedankt sich für die Redebeiträge.

Zu TOP 10 Informationen aus der Verwaltung - Sachstand Betreuung Fuchsbau - umsetzungsstand der Förderung von Maßnahmen zur Unterstützung der Arbeit der Tafeln und Sozilläden im Landkreis Oder-Spree

Frau Zarling informiert über den aktuellen Stand der Betreuung der Gemeinschaftsunterkunft „Am Fuchsbau“ in Bad Saarow, OT Petersdorf. Neben der Heimleiterin haben 2 Hausmeister sowie 6 Migrationssozialarbeiter/-innen ihre Arbeit aufgenommen. Bei einer Belegung von derzeit 141 Bewohnern ist die Betreuung abgesichert. Der Landkreis bemüht sich aktuell um den Ausbau der Netzwerke.

Weiter informiert sie über den Umsetzungsstand der Förderung von Maßnahmen der Arbeit der Tafeln und Sozilläden. **Frau Zarling** benennt die zur Verfügung gestellten Gesamtförderungsmittel in Höhe von 40.000,00 € und zeigt mit Hilfe der Präsentation auf inwieweit die antragsberechtigten Träger von den Zuwendungen profitiert haben. Die beantragte Zuwendung der Caritas von 7.536,00 € konnte nicht bewilligt werden, da diese für die laufende Unterhaltung und nicht für die Anschaffung von Wirtschaftsgütern erfolgt war. Bis zum 31.03.2019 müssen

die Fördermittel abgerechnet sein. **Frau Zarling** bietet an, über den endgültigen Sachstand für die Abrechnung der Fördermittel zu informieren.

Herr Papendieck bedankt sich bei den Anwesenden für die Teilnahme und schließt die Sitzung.

gez.

Mathias Papendieck

Vorsitzender des
Ausschusses für Soziales und
Gesundheit

gez.

Bärbel Kernchen

Schriftführerin